

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Radio SRF, Echo der Zeit mit Christina Scheidecker.

Die Themen vom 19. Oktober.

Eine Gruppe aus Israel will aufmerksam machen

auf Angehörige und Freunde, die von der Hamas verschleppt wurden.

Wir brauchen nicht nur Umarmungen und Tränen, wir brauchen Taten.

Genau das erhoffen sie sich von der Schweiz.

Außerdem liefern wir Antworten auf folgende Fragen.

Warum viele Arbeitnehmende in der Schweiz sich als Burnout gefährdet ziehen?

Wie die Moldauische Präsidentin ihr Land vom russischen Einfluss befreien will?

Und wie die internationale Handelsschifffahrt CO2-neutral werden will?

Und welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben?

Wir beginnen mit der Nachrichtenübersicht von Dominique Rolli.

Der Flughafen Basel-Mühlhausen ist wegen eines Bombenalarms am frühen Nachmittag evakuiert worden.

Wie die französischen Behörden mitteilen, war zuvor eine Bombenwarnung eingegangen.

Neben dem Euro-Airport, der auf französischem Staatsgebiet liegt,

waren übereindutzend andere Flughäfen in Frankreich betroffen.

Die Passagiere und Angestellten des Flughafens Basel wurden mit Bussen vom Gelände weggebracht,

zahlreiche Flüge wurden annulliert.

Bereits gestern gab es entsprechende Drohungen gegen Flughäfen in Frankreich.

Noch immer sind keine Hilfsküter aus Ägypten in den Gazastreifen gelangt,

trotz der Zusicherung Israels solche Lieferungen nicht zu blockieren.

Die Weltgesundheitsorganisation hofft, dass der Grenzübergang Raffach von Ägypten in den Gazastreifen

morgen Freitag geöffnet wird.

Entsprechende Meldungen gibt es auch in ägyptischen Medien.

Derweil hat auch Deutschland seine Staatsangehörigen aufgerufen,

das wärst Jordanland sowie Libanon zu verlassen.

Fake News und Hetze im Internet werden immer mehr zum Problem.

Nun erhöht die Europäische Union den Druck auf Facebook-Motometer und TikTok.

Die Social-Media-Plattformen müssen bis nächste Woche Einblick in ihre Massnahmen gegen Desinformation und Hassrede geben.

Die sind Zusammenhang mit den Kämpfen zwischen der radikal-islamischen Hamas und Israel, wie die EU-Kommission schreibt.

Bereits letzte Woche hatte der zuständige EU-Kommissar die Plattformen aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen.

Mehr als ein Jahr nach ihrem Tod wird die junge Kordin Marsha Amini mit dem Sacharoffpreis geehrt.

Das EU-Parlament widmet ihr den Preis für Demokratie und Menschenrechte,

zusammen mit der Protestbewegung der Frauen, welche Aminis Tod in Iran ausgelöst hatte.

Die junge Frau war letztes Jahr von der iranischen Sittenpolizei festgenommen worden, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig getragen haben sollen.

Später starb sie in Gewahrsam.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Mehrere Schengenstaaten verstärken ihre Grenzkontrollen, anders die Schweiz, sie will derzeit keine strikten Kontrollen an der Südgrenze einführen. Das sagte Bundesrätin Elisabeth Bohm Schneider in Luxemburg, wo sie am Treffen der EU-Innenministerinnen und Innenminister teilnimmt. Bundesrätin Bohm Schneider erklärte, die Schweiz habe das Grenzwachkur in Tessin bereits aufgestockt. Derzeit würden punktuelle Kontrollen genügen. Um die illegale Migration einzudämmen, hatte dieser Woche Deutschland stationäre Grenzkontrollen angekündigt, unter anderem an der Grenze zur Schweiz. Auch Slowenien und Österreich wollen ihre Grenzen stärker kontrollieren. Beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg geht es neben der Migration auch um die Sicherheitslage in Europa nach dem Angriff der radikal-islamischen Hamas auf Israel. In der Romandie sind sieben Mitglieder einer Jugendbande verurteilt worden, zwei von ihnen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen. Sie haben 2021 einen Jugendlichen am Bahnhof Neuenburg überfallen, gefesselt und in einem Kofferraum nach Lajodfan entführt. Die Täter waren zum Tat Zeitpunkt zwischen 18 und 20 Jahre alt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Im Zusammenhang mit diesen rewalisierenden Jugendbanden steht noch ein weiterer Prozess an. Dabei geht es um eine gewaltsame Auseinandersetzung in Lausanne, bei der ein Jugendlicher tödlich verletzt wurde. Die Schweiz hat Fortschritte gemacht bei der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Das stellt die internationale Financial Action Task Force fest wie der Bund mitteilt. Dank der Revision des Geldwäschereigesetzes im März 2021 habe die Schweiz wichtige Mängel weitgehend beheben können, etwa in Bezug auf Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden. Die Empfehlungen der Task Force sind zwar kein bindendes Recht, sie gelten aber als weltweiter Standards. Die Wörsendaten von 18.04 Uhr geliefert von 6. Das Wissmarked-Index schließt bei 10.448 Punkten minus 2,1%. Der Dow Jones-Index in New York ist im Vergleich zum Vorzug unverändert. Der Euro wird zu 94 haben 79 gehandelt, der Dollar zu 89 haben 41. Und wie wird das wieder? Am Abend und Morgen ist es meist stark bewölkt. Dazu kommen aus Westen vielerorts Schauer auf, bei 14 Grad und mäßig im Südwestwind. Im Süden und in den angrenzenden Alpen fällt teils kräftiger Dauerregen. Sie füllen sich komplett leer, sind antriebslos und erschöpft. Menschen, die an einem Burnout leiden. Jede sechste erwachsene Person in der Schweiz hat bereits einmal ein Burnout erlebt. Das zeigt eine neue, groß angelegte Umfrage von GFS Bern im Auftrag der SRG. Und viele befragte berichten auch, dass sie in ihrem aktuellen Job Gefahr laufen auszubrennen. Warum ist das so? Der Bericht von Nora Meuli.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Burnout ist zwar keine offizielle medizinische Diagnose, aber ein in der Schweiz weit verbreitetes Leiden.

Das zeigt die neue Umfrage deutlich.

17 Prozent der Erwachsenen in der Schweiz haben ein Burnout erlebt.

Und 25 Prozent der Arbeitstätigen geben an, wegen der Arbeit Burnout-Gefährde zu sein.

Regina Jensen von Gesundheitsförderung Schweiz,

einer Stiftung, die von Kantonen und verschiedenen Versicherern finanziert wird, sagt, dass das nachdenklich stimmen sollte.

Burnout verursacht Leid für die betroffenen Personen, für das Umfeld, verursacht Kosten für Arbeitgebende und Gesellschaften.

Dann muss unser Ziel sein, möglichst viele Burnout-Fälle zu verhindern.

Die Tendenz gehe aber in die andere Richtung.

Das zeigt der Job-Stressindex, den Jensen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen der Uni Bern und der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften berechnet hat.

Immer mehr Arbeitstätige sind emotional erschöpft, also überbeansprucht und fühlen sich ausgelaut.

2015 waren rund 23 Prozent der Arbeitstätigen emotional erschöpft.

Letztes Jahr waren es über 30 Prozent.

Heißt, immer mehr Arbeitstätige laufen Gefahr in ein Burnout zu geraten.

Aber wieso fühlen sich immer mehr Arbeitstätige ausgebrannt?

Jensen nennt die wachsende Arbeitsintensität und die ständige Erreichbarkeit.

Dazu kommen aber auch, dass heute mehr Arbeitnehmende Krankheits halber ausfallen und an vielen Orten sowieso Fachkräfte fehlten.

Beides erhöht den Druck auf die übrigen Arbeitnehmenden.

Was auch reinspielt, ist der gesellschaftliche Kontext.

Wenn ich konfrontiert bin mit Kriegen, mit Naturkatastrophen, mit Pandemien, fehlen mir an gewissen Stellen Bewältigungsmöglichkeiten, um mit Belastungen bei der Arbeit umzugehen.

Und nicht alle könnten die zusätzlichen Belastungen gleich gut auffangen.

So sind jüngere Arbeitstätige eher Burnout gefährdet als ältere,

Frauen mehr als Männer und Personen mit tiefen Einkommen häufiger betroffen als solche mit hohem Einkommen.

So sind zum Beispiel junge wachsende rund um die Familiengründung sowieso schon stark belastet. Das macht sie anfälliger.

Kommt hinzu, in der Schweiz wird im internationalen Vergleich besonders viel und das bei besonders hohem Tempo und Druck gearbeitet.

Das zeigt eine europaweite Untersuchung.

Sie zeigt aber auch, dass Arbeitstätige in der Schweiz verhältnismäßig gut mit den Belastungen umgehen können.

Boris Zürcher vom Staatssekretariat für Wirtschaftsekkko erklärt dies so.

Man kann nicht nur die Arbeitsbedingungen isoliert betrachten,

sondern es ist ein ganzes Package, was die Arbeitsbedingungen ausmacht.

Da gehört sicher der Lohn dazu.

Der Lohn ist in der Schweiz hoch, weil die Produktivität hoch ist,

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

aber die Belastung ist natürlich entsprechend.

Der Stress ist also mit ein Preis für die hohen Löhne und die hohe Produktivität in der Schweiz.

Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen so,

dass die Belastung besser bewältigt werden kann als im europäischen Durchschnitt.

Erwerbstätige in der Schweiz finden ihre Arbeit im Vergleich zum Ausland häufiger sinnvoll,

haben eher das Gefühl, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einsetzen zu können

und vor allem sind sie mit der Bezahlung sehr zufrieden.

Aber wie die Umfrage von GFAS Bern zeigt auch die europäische Studie

über ein Viertel der Erwerbstätigen ist überlastet.

Dazu Jensen.

Wenn wir uns bewusst machen, dass dieses Ungleichgewicht zwischen Belastung und Ressourcen

sowohl kurzfristig als auch langfristig wirklich Auswirkungen auf die Gesundheit hat,

dann ist es positiv, dass wir besser dastehen als im europäischen Vergleich

und trotzdem müssen wir diese Zahl weiterhin beachten.

Also senken, denn das würde sich lohnen.

Die Überlastung kostet die Arbeitgebenden jährlich rund 6,5 Milliarden Franken

und da sind die Gesundheitskosten noch nicht mit eingerechnet.

Nimmt unsere Arbeit zu viel Raum ein in unserem Leben.

Diskutieren Sie mit auf Dialog, der neuen Debattenplattform der SRG,

die alle Sprachregionen der Schweiz miteinander verbindet.

Zu finden auf der SRF News App oder auf srf.ch.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF mit diesen Persönlichkeiten im Fokus.

Jim Jordan, der republikanische Politiker hätte gerne Speaker werden wollen im US-Repräsentantenhaus.

Die Chancen stehen aber nicht allzu gut, das schauen wir uns gleich genauer an.

Maya Sandu, die Moldauische Präsidentin, will ihr Land in die EU führen

und ist dafür auf der Suche nach Unterstützung, auch in der Schweiz.

Giorgio Melloni, die italienische Regierungschefin ist seit einem Jahr im Amt.

Die eingetrübte Wirtschaftslage drückt aber auf die Stimmung.

Und Ulf Lessing, der Sahel-Experte fordert 3 Monate nach dem Militärputsch in Niger mehr Pragmatismus.

Europa müsse auf die Putschisten zugehen, um ein Minimum an Einfluss zu wahren.

Aktiv werden statt dem Ungewissen warten.

Die Israelis, die die Hamas in den Gazastreifen verschleppt hat, zur Priorität erklären

und so ihre Überlebenschancen erhöhen.

Das ist das Ziel von Angehörigen und Freundinnen und Freunden der Geiseln.

Sie suchen deshalb die Öffentlichkeit, besuchen Regierungen und Hilfsorganisationen, unter anderem das Auswärtige Amt in Bern.

Der Beitrag von Bundeshausredaktorin Christine Wanne.

Jonathan Gutmann ist 31, Arzt.

Sein Cousin Aviatan verschleppt vor 12 Tagen in den Gazastreifen.

Diese Gewissheit hat die Familie doch Lebenszeichen fehlen bis hier.

Wut habe in den ersten Tagen dominiert, doch das habe ihm und seiner Familie zugesetzt.

Es sei trotz allem besser, Hoffnung zu haben, statt zuzuwarten und Überraschung zu sinieren.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Mit weiteren Betroffenen hat er sich dazu entschieden, den Verschleppten in Gaza Gesichter und Namen zu geben und ihre Geschichten zu erzählen.

So wollen die Angehörigen Druckmachen in Israel und außerhalb von den Gazastreifen um zuallererst die Verschleppten zu retten.

Mitgetragen vom regierungskritischen New Israel Fund, der sich für Demokratie und Zivilgesellschaft einsetzt.

Bei der angehenden Ärztin Noam Harzvi war das dominierende Gefühl Sorge, dass Bange warten, die Ungewissheit.

Aber kein Zeichen ihrer Freundin und Arbeitskollegin Josh Haran.

Die beiden Frauen und ihre Familien haben zusammengearbeitet in humanitären Projekten. Schon früher haben sie Patientinnen und Patienten aus dem Gazastreifen in Israels Spitäler gebracht und nun fehlt jedes Sicherheitsgefühl.

Ich bin schuld, ich bin schuld, ja.

Wir haben keine Sicherheit.

Wir wissen nicht, ob es nach der Eskalation geht oder nicht.

Sobo Witz ist kein Angehöriger, er ist Kommunikationsprofi und hat bei der EU gearbeitet. Jetzt nutzt er seine Kontakte.

Nach Treffen in Brüssel und Straßburg sind es nun Bern und Genf.

Das bringe die Verschleppten zwar nicht zurück, räumt der 41-Jährige ein.

So breite sich ihre Botschaft aus.

In Bern ergab sich gestern Abend ein Austausch im Außendepartement Eder.

Zur Gernbotschaft hatte der New Israel Fund Schweiz mitgetragen von Altbundesrätin Ruth Dreifuss und dem Leiter der Friedensstiftung Laurent Göttschl einen Appell gemacht, Co-Präsident Jaron Bernstein.

Dass die Entführten im Fokus bleiben sollen und Priorität bleiben sollen und wenn es für die Gunsten dieser Entführten besser ist, dass die Schweiz mit Chamas verhandelt und verhandlungsfähig bleibt, dann soll die Schweiz alles tun, um verhandlungsfähig zu bleiben.

Für Dan Sobo Witz war das Treffen in Bern das bisher beste.

Andernorts gab es Tränen, Mitgefühl und Radlosigkeit.

Most of them looked at us with a blank look.

They were crying, they were giving us a hug.

They were very empathetic and they said, we don't know what to do.

And now suddenly they're saying, okay, we do have relations with the Qatari and even with the Hamas in Qatar and we're trying and we're working on something pragmatic.

Beim Eder habe es geheißt, es habe Kontakte nach Qatar und zur Hamas in Qatar und suche pragmatische Lösungen.

Das Eder schreibt auf Nachfrage, es pflege keine diplomatischen Beziehungen zur Hamas.

Jonathan Gutmann war bisher skeptisch gegenüber der Neutralen Schweiz.

Nun ist er überzeugt, solche Staaten brauche es, denn sie seien näher bei Freund und Feind.

And I felt in today's meeting that we were a bit closer to our hostages, a bit closer to our family.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

So fühle er sich näher bei seiner Familie.
Auch Noah Mharzvi ist hoffnungsvoll.
Sie brauchten nicht nur Tränen, sondern auch Taten.
Wir brauchen nicht nur Tränen und Tränen, wir brauchen Action.
Und das ist das erste Mal, dass ich fühle, dass es eine realistische Chance gibt für jemanden aus der Schweiz, um uns zu helfen.
Der Vorsitzenden im Repräsentantenhaus bleibt weiterhin unbesetzt.
Auch der Republikaner Jim Jordan, der gerne die Nachfolge des abgewählten Kevin McCarthy antreten möchte,
hat es nicht geschafft, eine Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen.
Im zweiten Wahlgang stimmten neben allen demokratischen Abgeordneten auch 22 aus seiner eigenen Partei gegen Jordan
einen Vertrauten von Ex-Präsident Donald Trump.
Nun gibt es sogar Meldungen, wonach er sich ganz zurückzieht.
Frage deshalb jetzt an USA-Korrespondent Andrea Christen.
Was heißt das nun? Wie geht es jetzt weiter?
Es scheint ziemlich sicher zu sein, dass es für das erste keinen weiteren Wahlgang gibt.
Sie haben es gesagt, Jordan hat gestern die Wahl deutlich verpasst.
Er ist auf fast alle Stimmen aus seiner eigenen Partei angewiesen.
Aber er hat im Vergleich zum ersten Wahlgang sogar noch zwei Stimmen verloren.
Er scheint schlicht nicht auf eine Mehrheit zu kommen.
Wir werden sehen, ob Jordan sich jetzt tatsächlich zurückzieht,
aber angeblich unterstützt er die Idee, den jetzigen Übergangsspeaker mit Kompetenzen auszustatten,
dass das Parlament nach über zwei Wochen der Erlähmung wenigstens wieder teilweise funktionsfähig wird.
Warum hat es denn Jordan nicht geschafft, eine Mehrheit hinter sich zu bringen?
Er ist ein rechter Hardliner, sprich er hat die Stimmen vom rechten Parteiflügel.
Er ist auch ein mächtiger, prominenter Republikaner.
Er hat Stimmen weit über diesen rechten Rand hinaus.
Aber einige Moderate Republikaner tun jetzt was sonst eigentlich der rechte Flügel tut.
Sie stellen sich quer. In US-Medien liest man,
es werde von rechts intensiver Druck ausgeübt auf jene, die nicht für Jordan stimmten.
Das scheint längst nicht bei allen gewirkt zu haben.
Es gibt da etwa Republikaner aus dem Bundesstaat New York aus umkämpften Walldistrikten.
Die fürchten wohl um ihre Wiederwahl, wenn sie eine Figur vom rechten Rand wählen.
Die Republikaner sind auch tief, tief zerstritten.
Manche sind wütend, immer noch wütend, dass der ehemalige Vorsitzende Kevin McAfee abgewählt wurde.
Und Jordan schien auch nie daran interessiert zu sein Kompromisse zu finden,
auch nicht Kompromisse mit den Demokraten, um zum Beispiel einen Government-Shutdown,
einen Stillstand der Bundesbehörde abzuwenden.
Ich vermute, gewisse Republikaner scheinen Jim Traun, Jim Jordan schlicht nicht über den Weg.
Jordan gibt also möglicherweise bereits nach Zweitwahl gingen auf.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Der bisherige Speaker Kevin McAfee, Sie haben es gesagt, wurde abgewählt. Steve Scalise, ein eher gemäßigter Kandidat, hat sich bereits nach einem ersten Wahlgang aus dem Rennen genommen, weil er keine Chancen auf eine Mehrheit sah bei diesen aktuell sehr knappen Mehrheitsverhältnissen.

Wer kann eine Wahl zum republikanischen Speaker überhaupt schaffen?

Vielleicht schafft es Jordan, wenn er sich nicht zurückzieht.

Irgendwann vielleicht schafft es jemand anderes.

Wir erinnern uns auch, McAfee brauchte 15 Wahlgänge.

Aber die entscheidende Frage ist eigentlich,

kann irgendjemand diese gespaltene Fraktion mit dieser sehr kleinen Mehrheit von vier Sitzen in den Griff kriegen?

Die Demokraten kontrollieren den Senat und das Weiße Haus.

Ein Speaker muss mit der Gegenseite zusammenarbeiten, um Gesetze zu verabschieden.

Damit bringt er aber den rechten Flügel gegen sich auf und wird womöglich wie Kevin McAfee abgewählt.

Wenn er nicht mit den Demokraten kooperiert, riskiert er die Wut der gemäßigten Republikanen.

Kevin McAfee hat diese Quadratur des Kreises nicht geschafft

und es gilt zu bezweifeln, ob das überhaupt jemand schafft.

Und wie problematisch ist es für die Politik, wenn diese Stelle vakant bleibt?

Der Speaker hat im Gegensatz zu unserem Nationalratspräsidenten viel politische Macht.

Er kontrolliert, was zur Abstimmung kommt, wer in Kommissionen sitzt.

Er verhandelt mit den Präsidenten, auch mit der kleinen Kammer, mit dem Senat.

Ohne Vorsitzenden werden schlicht keine Gesetze verabschiedet.

Die gesetzgebende Gewalt in den USA ist in großen Teilen handlungsunfähig.

Diese Lähmung dauert jetzt schon mehr als zwei Wochen.

Speakerwahlen, die eigentlich immer Routine waren, ziehen sich hin.

Speaker werden wieder abgewählt.

Blockaden sind in Washington nichts Neues, aber jetzt hat das ein neues Level erreicht.

Wir müssen von einem ausgewachsenen Chaos sprechen.

Sie haben angetönt, dass als möglicher Ausweg nun ein temporärer Speaker übernehmen könnte.

Was würde das denn genau bedeuten?

Es ist bereits so ein Speaker pro Tempore im Amt.

Patrick McHenry, Republikaner aus Nord-Carolina,

bis jetzt leitet er im Kern eigentlich nur dieses Speakerwahl.

Das Abgeordnete-Haus könnte und hier müssten, so wie es aussieht, auch die Demokraten mitziehen.

Es könnte diesen Übergangs-Speaker mit mehr Kompetenzen ausstatten,

damit wenigstens die wichtigsten Dinge vorankommen,

Hilfe für Israel oder Hilfe für die Ukraine,

oder wenigstens ein Übergangsbudget, sonst droht mit den November ein Government-Shutdown, ein Stillstand der Bundesbehörden.

Also nicht nur ist das Abgeordnete-Haus gelähmt, es ist auch unter Zeitdruck.

Und wenn dieser Übergangs-Speaker übernimmt, vielleicht sogar für Monate übernimmt,

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

dann verschafft er aus den Republikanern zwar mehr Zeit, aber es könnte dann sehr, sehr lange dauern, bis ein regulärer Speaker gewählt wird. Vielen Dank für diese Informationen und Einschätzungen.

Das war USA-Korrespondent Andrea Christen.

Moldau, das an Rumänien und an die Ukraine grenzt, ist auf dem Weg Richtung EU. Seit Juni hat das ärmste Land Europas den offiziellen Kandidatenstatus.

Das liegt nicht zuletzt an der Präsidentin des Landes, Maja Sandhu.

Die westlich orientierte, 51-jährige Ökonomin tut alles, um ihre Heimat aus dem Einflussbereich Russlands, herauszulösen.

Eine Osterst schwierige Aufgabe für die Moldau auf Unterstützung angewiesen ist. Auch deshalb war Sandhu diese Woche zu Besuch in der Schweiz.

Auslandredaktorin Judith Huber hat mit ihr gesprochen.

Die Situation sei stabil in Moldau, sagt die Präsidentin Hürbar erleichtert.

Das sei der Mut des ukrainischen Volkes zu verdanken.

Denn hätte sich Russland die Ukraine einverleibt, so die Angst in Moldau, dann könnte das kleine Land das nächste Opfer der russischen Aggression werden.

Deshalb sagt Sandhu, man sei allen Staaten dankbar, die die Ukraine unterstützen.

Denn das helfe gleichzeitig, den Frieden in Moldau zu erhalten.

Die 51-jährige Maja Sandhu ist seit bald drei Jahren Präsidentin des Landes, das einst Teil der Sowjetunion war und seit der Unabhängigkeit 1991 zwischen der Orientierung nach Westen und einer Wiederannäherung an Russland schwankt.

Sandhu, die Regierung und die Mehrheit des Parlaments drängen in Richtung EU. Das gefällt Moskau nicht.

Aus dem Kreml kommen Drohungen, die letzten Frühling sehr konkret wurden.

Sandhu sagt, Russland habe versucht, die Regierung zu stürzen, aber man sei wachsam gewesen und habe das verhindern können.

Doch die Versuche Russlands, das Land zu destabilisieren, setzten sich fort.

Das Informationen und Propaganda sind große Probleme.

Rassistische Russen versuchen, mit Geld zu interführen.

Desinformation und Propaganda sind massiv.

Und seit Kurzem versucht Russland, mit Geld unsere Wahlen zu beeinflussen.

Unsere Institutionen strengen sich an, den Zufluss dieser illegalen Gelde zu unterbinden.

Aber das ist nicht leicht.

Es gibt in Moldau korrupte Figuren, die im Interesse von Russland agieren und versuchen, Kandidaten und sogar Wähler zu bestechen.

Im Kampf gegen den Einfluss Russlands greifen die Moldauischen Behörden auch zu verboten.

Diese betreffen gewisse Medien, die Kremlpropaganda verbreiten.

Sie betreffen auch die wichtigste pro-russische politische Kraft, die Shor-Partei.

Doch wo verläuft die Grenze zwischen Verboten und dem Erhalt einer offenen demokratischen Gesellschaft?

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Die Moldauische Präsidentin betont, demokratische Standards würden in keiner Weise verletzt. Denn die Personen, die von Verboten betroffen seien, stünden auf den Sanktionslisten der EU und der USA.

Moldau ist der Demokratie eng verpflichtet.

Gleichzeitig stellt Russland die größte Bedrohung für unsere Demokratie dar.

Und wir müssen uns verteidigen.

Doch Russland hat noch andere Hebel. Es setzt Energie als Waffe ein.

So geschehen vor einem Jahr, als Russland die Gaslieferungen an Moldau massiv kürzte und Energiepreise und Inflation nach Obetrieb.

Eine enorme Belastung für den ärmsten Staat Europas.

Straßenprozesse folgten und erschütterten das Land.

Von dieser Abhängigkeit habe man sich befreit, sagt Sandu.

Man kauft nun überhaupt kein Gas mehr als Russland. Bleibt der Strom.

Einen Großteil bezieht Moldau aus einem Kraftwerk, das in der abtrünnigen Region Transnistrien steht und mit russischem Gas betrieben wird.

Doch, sagt Sandu.

Man sei daran, eine Stromleitung zum Nachbarland Rumänien zu bauen und bald sei man auch beim Strom unabhängig.

Deshalb sei die Lage viel besser als noch letztes Jahr.

Und man sei extrem dankbar für die Hilfe aller Länder, inklusive der Schweiz, die Moldau über diesen schwierigen letzten Winter geholfen hätten.

Doch Unterstützung ist weiterhin nötig.

Auch humanitäre Hilfe, die unter anderem den ukrainischen Flüchtlingen in Moldau zugutekommen wird.

Dafür will die Schweiz 26 Millionen bereitstellen.

Weitergeführt wird die Entwicklungszusammenarbeit und vor allem in Sachen Wirtschaft und Handel tut sich einiges.

Im Juni haben die EFTA-Staaten, zu denen die Schweiz gehört, mit dem osteuropäischen Land ein Freihandelsabkommen geschlossen.

Moldau verspricht sich viel davon.

Dieses Wochenende kann Giorgio Ciamelloni

ihr einjähriges Jubiläum als italienische Ministerpräsidentin feiern.

Das heißt schon etwas in einem Land,

in dem eine Regierung im Durchschnitt gerade einmal 1,5 Jahre im Amt ist.

Doch Giorgio Ciamelloni durfte nicht unbedingt

in der richtigen Laune zum Anstoßen sein.

Denn gerade rumpelt es zum ersten Mal so richtig in ihrer Regierung.

Der Grund ist die Wirtschaftsentwicklung.

Aus Rom Peter Vögeli.

Die Zahlen des italienischen Budgetentwurfs sind düster.

Das Wirtschaftswachstum wird dieses und das nächste Jahr geringer ausfallen als prognostiziert

und das Defizit deutlich höher als bisher veranschlagt.

Die Märkte werden nervös.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Der Spread spricht die Zinsdifferenz zwischen den italienischen und den als sicher geltenden deutschen Staatsanleihen, hat heute wieder die symbolisch wichtige Marke von 200 Basispunkten überschritten. Die höheren Zinsen kosten Italien Dutzende Milliarden. Schon jetzt zahlt Rom rund 75 Milliarden Euro an Schuldzinsen pro Jahr mehr als doppelt so viel, wie es für Verteidigung ausgibt. Valentina Melinciani, Leiterin des Instituts for European Policy and Analysis an der Wirtschaftsnahen Louis Universität in Rom sagt. Die Regierung Meloni sei zwar politisch stabil in den Wählerumfragen, aber das wirtschaftliche Umfeld sei sehr schwierig. Warum macht Georgia Meloni deutlich höhere Schulden im kommenden Jahr, obwohl sie weiß, dass dies das so wichtige Vertrauen der Märkte in das hochverschuldete Italien gefährdet? Weil sie zumindest einen Teil ihrer Wahlversprechen erfüllen will. Geld geht an Geringverdienende, an das stark vernachlässigte Gesundheitssystem und soll Familien mit Kindern unterstützen. Denn Italien hatte noch nie so wenig Geburten seit der Staatsgründung 1861 wie jetzt. Die Maßnahmen der Regierung Meloni seien richtig, sagt die Ökonomin Valentina Melinciani. Aber es sei zu wenig Geld, insbesondere im Gesundheitsbereich. Georgia Meloni ist in einem Dilemma. Das Hauptproblem, vor allem das Wirtschaftswachstum, bleibt 2024 hinter allen wichtigen EU-Ländern zurück. Nach Covid gab es zwar einen Nachholeffekt, der das Wachstum angekurbelt hat, aber das ist vorbei. Der sogenannte Superbonus der Regierung Konte von den Cinque Stelle entpuppte sich als Milliardengrab für die Staatskasse. Wer sein Haus in Deutschland hat, erhielt eine extrem hohe Steuergutschrift, ein Programm, das kein nachhaltiges Wachstum generiert, aber Betrug, Tür und Tor geöffnet hat. Und die Gelder aus dem Brüsseler Corona-Hilfsfonds, knapp 200 Milliarden, könnten zwar einigermaßen zeitgerecht beantragt, aber nicht rechtzeitig bis 2026 ausgegeben werden, wie von der EU verlangt, erklärt Valentina Melinciani. Wir sind da, die Tastung ist ein bisschen dolent, und die Daten sind relativ zu spät. Georgia Meloni kämpft mit strukturellen Problemen,

die sie geerbt hat, aber sie ist diese strukturellen Probleme auch nicht wirklich angegangen.

Stichwort Migration.

In Lampedusa sind so viele Migranten gelandet, wie nie mehr seit der großen Flüchtlingskrise 2015-16, eine Änderung der italienischen Migrationspolitik über eine bloß symbolische Symptombekämpfung hinaus ist aber nicht geschehen.

Und schließlich, auch europapolitisch ist Meloni geschwächt, ihr wichtiger Verbündeter, die polnische Pease, wird nach den Wahlen vom letzten Sonntag wahrscheinlich die Macht in Warschau abgeben müssen.

Die Zeichen stehen auf Krise, und trotzdem Meloni setze fest im Sattel, sagt der Politologe Giovanni Orsina, Direktor der Louis School of Government in Rom.

Für italienische Verhältnisse sei die politische Situation außergewöhnlich ruhig und stabil.

Ein Paradox, das Orsina auflösen kann.

In den letzten zehn Jahren hätten die Menschen immer wieder Protest gewählt.

Die Cinque stelle seien aufgestiegen und wieder verglüht.

Die Lega habe bei den Europawahlen 2019 triumphiert und sei im letzten Jahr abgestürzt.

In den letzten zehn Jahren, die Lega habe bei den Europawahlen 2019 triumphiert und sei im letzten Jahr abgestürzt.

Jetzt seien die Menschen erschöpft, sie hätten alles gewählt, was auf dem politischen Markt zu finden gewesen sei.

Wohin sollen sie gehen, wenn sie von Meloni enttäuscht sind, fragt Orsina rhetorisch.

Tutti quanti quelli che mi dicevano mi chedevano, ah, ma Meloni deludera il suo elettorato, e allora i suoi elettori, e allora i suoi elettori andranno dove?

Seine Schlussfolgerung.

E il fatto che Meloni arrivi alla fine di un ciclo, significa che a Meloni non ci sono alternative.

Deswegen sei Georgia Meloni gegenwärtig politisch alternativlos, folgert Orsina trotz kritischer wirtschaftlicher Lage.

Sie hören das Echo der Zeit.

Bei uns geht nun um weite Wege.

Einerseits zu einer Normalisierung der Beziehungen zur Militärregierung in Niger und andererseits zu einer CO2-neutralen Handelsschiffahrt auf den Weltmeeren.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Rund drei Monate ist es her,
dass Putschisten im Sahelstaat Niger die Macht übernommen haben.
Der gewählte Präsident Mohammed Basoum und dessen Familie
werden seitdem im Präsidentenpalast festgehalten.
Die Androhung einer militärischen Intervention
der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Echo-Was
gegen die Putschisten verpuffte.
Die Krise ist unterdessen weitgehend aus den Medien verschwunden.
Das beobachtet auch Ulf Lessing.
Er leitet das Sahel-Regionalprogramm der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung
im Nachbarland Mali.
Und er war erst vor Kurzem in der negrischen Hauptstadt Myanmar.
Die Situation sei nach wie vor angespannt,
erklärte er mir im Gespräch heute Nachmittag.
Ja, das Land steht vielleicht noch nicht vom Zusammenbruch,
aber ist in eine gefährliche Schieflage geraten.
Ich war kurz vor dem Putsch da die Tage davor.
Und weil da eben das politische Klima noch angenehmer war
als den Mali in Burkina Faso.
Damals war das Land wirklich überlaufen von Hilfsgeldern,
von Hilfsorganisationen, Hotels waren voll.
Und jetzt, als ich wieder da war, war das Gegenteil.
Also das Land ist ein bisschen in der Schockstarre.
Die ganzen ausländischen Kooperationen sind erst mal eingefroren.
Die ausländischen NGOs sind weg.
Das Land ist eine schweren Wirtschaftskrise,
Eko-Was hat die Grenzen geschlossen.
Jetzt fragen sich die Nigger eigentlich,
wozu haben wir eigentlich diesen Kuh gehabt?
Das ist jetzt ein böses Erwachen für das Land.
Und was heißt das für die Position der Putschisten?
Sitzen die nach wie vor fest im Sattel
oder wird die Unzufriedenheit doch so groß,
dass es eben nicht mehr ganz so sicher ist?
Sie sitzen vorerst fest im Sattel,
sie haben es ganz geschickt gemacht.
Es war eine sehr angreifende Rolle zu reden.
Und eben da argumentiert,
dass die französische Armee das Land verlassen muss.
Das war eine sehr populäre Forderung.
Das hat den Putschisten nochmal neuen Push gegeben,
die jetzt so als Befreier des angeblichen Kolonialen Jochs
gesehen werden.
Aber man kann ja auch nicht Ewigkeiten

sich als Held feiern lassen,
weil man die Franzosen ausgewiesen hat.
Irgendwann werden die Menschen auch fragen,
wie geht es denn jetzt weiter mit der Wirtschaft?
Wie ist das denn jetzt nicht so gut geworden,
was die Putschisten eigentlich jetzt genau machen wollen?
Nijé war ja wichtig für die Bekämpfung
jihadistischer Gruppen in Westafrika,
wenn nun die Regierung dort unter Druck kommt,
die Militärregierung,
dass alles nicht mehr so gut funktioniert,
die wirtschaftliche Situation schwierig ist.
Was heißt das für die Stabilität der Sahelregion?
Die Sicherheitslage in Nijé hat sich schon verschlechtert.
Die Franzosen sind abgezogen,
die Franzosen hatten aktiv die niggere Armee unterstützt.
Das fällt jetzt weg.
Und jetzt die Anschläge von Jihadisten
auf Armee-Positionen auch schon deutlich steigern.
Das lässt Schlimmes befürchten.
Das kann dann auch wieder die ganze Region
noch weiter destabilisieren.
Und welche Probleme ergeben sich konkret daraus,
wenn sich die Region eben weiter destabilisiert?
Es wird deutlich mehr Migration geben.
Bislang war Nijé eigentlich ein Transitland.
Es hat die vorgegebenen Regionen auf Druck von Europas gestoppt.
Aber das kann natürlich gut sein,
dass dieses Schmuckler-Geschäft wieder aufgenommen wird.
Und die Regierer werden auch
sich Richtung Nordafrika und dann Europa orientieren.
Und vor diesem Hintergrund
hätte Europa ja durchaus Interesse an einer stabilen Sahelregion
auch an eine Zusammenarbeit mit Nijé eigentlich.
Doch man zögert mit den Putschisten Gesprächen aufzunehmen.
Mit welchen Konsequenzen?
Die EU ist gespalten.
Frankreich ist gegen jegliche Kontakte.
Andere Staaten wie Italien oder Deutschland
sind da wesentlich offener,
dass sich die Migration fürchten.
Aber effektiv gibt es keine Gespräche.
Es gibt nur informelle Kontakte.
Aber bislang so auf Ebenen in Brüssel tut sich da sehr wenig.

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

Da ist eben jetzt wirklich die Gefahr,
dass Russland sich aktiv bemühen wird.
Und Russland bietet sich aktiv an, als neuer Partner.
Und Europa hat jetzt noch eine Chance,
irgendwie mit den Putschisten sich zu arrangieren.
Wenn man das nicht macht,
dann wird das wahrscheinlich ein weiteres Land werden,
das sich Richtung Russland orientiert.
Warum ist das für Europa ein Problem,
wenn sich ein Land wie Nijé Richtung Russland orientiert
und weg vom Westen?
Also Nijé ist von der Strategie eigentlich noch wichtiger
als Mali in Burkina Faso,
weil es eben an der Migrationsroute aus Afrika nach Europa liegt.
Das ist die Hauptroute wie Libyen.
Wenn jetzt eine Regierung kommt, die von Russland beraten wird,
wird sicherlich der Ratschlag aus Russland kommen,
macht doch die Route nach Niga wieder auf,
dann ist mehr Migration Europa, das schadet dann den Europäern.
Also ein instabiles Nijé oder ein Nijé,
das mit Russland zusammenarbeitet,
wird potenziell mehr Migration nach Europa bedeuten.
Es gibt ja Bestrebungen für eine friedliche politische Lösung in Nijé.
So hat sich etwa Algerien als Vermittlerin angeboten.
Wer volksversprechend sind diese Bemühungen?
Das sehe ich noch als die volksversprechendste Vermittlung.
Aber aktuell passiert auch da nichts.
Die Algerien sind so ein bisschen vorgeprescht.
Sie hatten einen Transitionsplan von sechs Monaten vorgelegt
und auch gleich gesagt, dass Niga darüber verhandeln wolle.
Das hat jetzt erstmal die Verantwortung hier nie mehr
so ein bisschen vom Kopf gestoßen.
Sechs Monate wäre sehr kurz.
Aber ich hoffe, dass dann trotzdem noch Algerien zum zukommen,
weil Algerien hat Großinteresse daran, dass Nija stabil bleibt
und dass es eben keine militär Interventionen gibt.
Insofern denke ich schon, dass die Algerien sich da nochmal bemühen werden,
auf die Weise vielleicht zusammenkommt.
Und Europa bleibt eigentlich nichts anderes als die Hoffnung,
dass Algerien einen Erfolg erzielt bei diesen Vermittlungen
oder müssten eben auch europäische Regierungen selber versuchen,
wieder diplomatische Beziehungen zu Nija aufzubauen,
um zumindest etwas Einfluss nehmen zu können.
Ich denke schon, dass wir als Europäer mit Nija reden sollten,

[Transcript] Echo der Zeit / Burnouts in der Schweiz nehmen zu

auch mit Ecovas, um so ein bisschen jetzt psychologisch vorzugehen, dass man wieder zusammenkommt.

Wir müssen einfach ein bisschen Realpolitik betreiben.

Basum ist weg, die Protisten sind da.

Jetzt sollten wir mit denen irgendwie ins Gespräch kommen, dass man auf eine Transition zusammenkommt, die nicht so lange geht und da Ecovas und Algerien mit einbeziehen.

Sonst, wie gesagt, wenn wir gar nichts machen, wird sich Russland als Alternative anbieten.

Wolf Lessing sagt das.

In der malischen Hauptstadt Bamako erleidet dort das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Diese steht der Deutschen CDU-Nahl.

Wir sind auf der Landkreise der Grünen.

Wir sind auf der Landkreise der Grünen.

Wir sind auf der Landkreise der Grünen.

wir sind auf der Landkreise der Grünen.

Gegen 90 Prozent unserer Güter weltweit werden mit Schiffen transportiert, in Tankern etwa oder auf Container schiffen.

Diese Schiffe sind für 3 Prozent der jährlichen Klimagasemissionen verantwortlich.

Umdat mit Sitz in Genf betont deshalb die Wichtigkeit, dass die Schifffahrt künftig weniger Treibhausgase ausstößt.

So sollen die Schiffe unter anderem mit umweltfreundlicheren Treibstoffen angetrieben werden. Gleichzeitig stellt die Umdat aber auch fest, das Untertfangen ist teuer und muss einige politische Hürden meistern.

Wirtschaftsredaktor Dario Belosi

8 bis 28 Milliarden Dollar braucht es pro Jahr, um die internationale Schifffahrt emissionsfrei zu machen.

Konkret um Schiffe für alternative Treibstoffe umzubauen oder ganz neue klimaneutrale Schiffe zu bauen.

D.h. die Umdat, die Unokonferenz Verhandlung und Entwicklung mit Sitz in Genf in ihrem neuesten Bericht über den Sivakier fest.

Als Vergleich. Im vergangenen Jahr verbrachten die größten Redereien der Welt laut Branchenfachleuten insgesamt Gewinne in der Höhe von 250 Milliarden Dollar.

Das ist so viel wie nie zuvor und ist die Folge von Frachtpreisen, die während der Pandemie massiv gestiegen waren.

Nun allerdings ist der Handel rückläufig, bedingt unter anderem durch die konjunkturelle Schwäche.

Für die Redereien bedeutet das, dass sie derzeit mit Überkapazitäten zu kämpfen haben.

Das ist für die Branche ein Problem, denn in der Regel gilt, ein Schiff, das nicht zu 90% ausgelastet ist, ist ineffizient.

Und das wiederum heißt, die Redereien sehen als großes Risiko an, in dieser angespannten Lage große Investitionen zu tätigen.

Sie dürfen die Anzahl ihrer Schiffe ihr reduzieren, als ihre Flotten um- und auszubauen. Das dürfte

den Wandel weiter verlangsamen.

Grosse Investitionen für die Decarbonisierung der Schifffahrt, braucht es aber nicht nur bei den Schiffen selbst, schreibt die Unk-Tatineeren Bericht weiter.

Es braucht auch einen Umbau der Hafeninfrastrukturen, um die neuen Treibstoffe auch verfügbar zu machen.

Das kostet 28 bis 90 Milliarden Dollar pro Jahr bis 2050.

Als Folge davon rechnet die Genfer UNO-Agentur mit steigenden Treibstoffkosten für die Schifffahrt in der Größenordnung von 70 bis 100%.

Und diese höheren Kosten hätten insbesondere negative Auswirkungen auf kleine Inselstaaten oder generell ärmerer Länder, die stark auf den Transport über die Weltmeere angewiesen sind.

Es besteht das Risiko, dass gerade diese Länder wegen der Decarbonisierung vom Welthandel abgehängt werden.

Entsprechend fordert die Unk-Tat-Riegeln, die für alle Schiffe auf den Weltmeeren gleich gelten sollen, unabhängig davon, unter welcher Flagge sie unterwegs sind oder wo ihre Besitzer registriert sind, erklärte Unk-Tat-Generellsekretärin Rebecca Greenspan anlässlich der Präsentation des Berichts.

Es braucht ökonomische Anreize. Abgaben auf Emissionen könnten alternative Treibstoffe konkurrenzfähiger machen. Und ein Fonds soll die Mehrkosten der Decarbonisierung für ärmerer Länder abfedern.

Diese Maßnahmen müssten aber schnell ergriffen werden, um die angepeilten Emissionsreduktionen in der Schifffahrt um gegen 80% bis 2040 und 100% bis 2050 auch wirklich erreichen zu können.

Das war ein Podcast von SRF.